

## ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

**Absender:**

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Anfrage der AfD-Fraktion  
hier: Integration

**Beratungsfolge:**

25.02.2021      Rat der Stadt Hagen

**Anfragetext:**

1. An welchen Punkten möchte die Verwaltung bei den bisherigen Integrationsbemühungen und Maßnahmen der Stadt Hagen nachsteuern?
2. Nach welchen Kriterien wurde die bisherige Integrationsarbeit der verschiedenen zuständigen Ämter evaluiert?
3. In welchen Punkten erwartet die Verwaltung in der geplanten Neustrukturierung des „Fachbereiches Integration“ zukünftig konkrete Verbesserungen in der Integrationsarbeit und wodurch?
4. Welche Akzente und Schwerpunkte sollen zukünftig zusätzlich in der Integrationsarbeit gesetzt werden?
5. Um die geplante Maßnahme mit personeller Erweiterung in seiner Komplexität und Zielsetzung nachvollziehen und einschätzen zu können, möchten wir darüber hinaus die exakte Quantität der Zuwanderung im Jahre 2020 wissen:
  - 5.1 Wie viele Menschen aus welchen Ländern sind insgesamt im Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2020 in Hagen zugezogen / zugewandert?
  - 5.2 Wie setzt sich der Flüchtlingsstrom unterschieden nach männlichen und weiblichen

Zuwanderern und mit welcher Altersstruktur zusammen?

5.3 Auf welchem Wege haben diese Gruppen Hagen erreicht (bitte Aufschlüsselung):

- a) durch Zuweisung?
- b) durch Eigeninitiative (Flug, eigener PKW, Schleuser, familiäre Kontakte und Hilfen)?

6. Wie viele der Flüchtlinge sind aus europäischen Drittländern zugereist? Und aus welchen?

7. Wie viele EU-Bürger sind aus Rumänien und Bulgarien im o. g Zeitabschnitt in Hagen eingewandert und wieder abgewandert?

8. Wurde bei allen Zuwanderern eine zeitnahe Corona-Testung durchgeführt? Und wenn nicht, warum nicht?

9. Wie viele Corona-Positivfälle wurden direkt nach der Einreise jeweils festgestellt?

10. Wie viele der Einwanderer / Zuwanderer wurden unter Quarantäne gestellt?

11. Die Überlegungen, Ämter mit diametral und konträren Aufgabenzielen, wie das Ausländeramt, das allein eine rein rechtliche Bewertung des Zugangsrechts prüft, mit in das Integrationskonzept einzubinden, halten wir für problematisch. Ist die Verwaltung inzwischen von diesem Planungsgedanken abgerückt?

### Kurzfassung

entfällt

### Begründung

siehe Anlage

### Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

### Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)